

Zur Wachstumsfixiertheit der Europäischen Union

Ein Diskussionsbeitrag

Christian Schulz

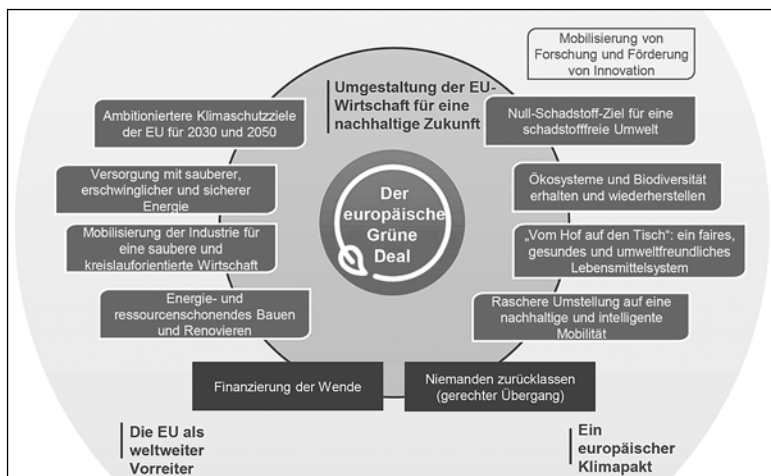
Wie in der Einleitung zu diesem Buch beschrieben, gehörte die EU im Nachgang zur sogenannten »Wirtschafts- und Finanzkrise« 2007/2008 – neben der OECD und der UN – weltweit zu den mächtigsten und sichtbarsten Akteuren, die sich erkennbar mit dem Wachstumsparadigma auseinandergesetzt haben. Mit der 2009 vorgelegten Mitteilung »GDP and beyond. Measuring progress in a changing world« (European Commission 2009) wurde ungewöhnlich deutlich auf die Unzulänglichkeit herkömmlicher Messverfahren und Indikatorensysteme zur Bewertung wirtschaftlicher Entwicklung und gesellschaftlichen Wohlstands hingewiesen und eine überfällige Einbindung ökologischer und sozialer Indikatoren vorgeschlagen. Und auch die Tatsache, dass sich das EU-Parlament in den Folgejahren zum Teil sehr exponiert mit Postwachstumsansätzen beschäftigte (siehe Interview mit Tom Bauler in diesem Buch), verleitet zu der Vermutung, dass ein Umdenken hinsichtlich der Entwicklungsziele der Wirtschafts-, der Infrastruktur- und der Sozialpolitik Einzug gehalten haben könnte. Mit viel Spannung wurden deshalb Details zum europäischen »Grünen Deal«¹ erwartet, den die »Von-der-Leyen-Kommission« Ende 2019 vorstellte (Europäische Kommission 2019). Wenngleich es Mitte Februar 2020 für eine systematische Bewertung des bisher nur in seinen Grundzügen angekündigten Grünen Deals zu früh ist, soll hier eine erste Einschätzung dieses durchaus bemerkenswerten Papiers erfolgen. Dabei interessieren vor allem folgende Fragen:

1 Zur allgemeinen Debatte über die Postwachstumskompatibilität von Green (New) Deals – etwa auch des US-amerikanischen Ansatzes – sei das Themenheft »Green New Deal« der Zeitschrift »politische ökologie« (Fuhrhop 2019) sowie der Bericht des »European Environmental Bureau« (EEB 2019) empfohlen.

1. Mit welchem Wachstumsverständnis operiert der Grüne Deal? Inwiefern sind Neuorientierungen gegenüber vorherigen Entwicklungsleitbildern erkennbar – z. B. zur Europa-2020-Strategie (European Commission 2010)?
2. Inwiefern zeigt sich der Grüne-Deal-Ansatz »raumsensibel«, sowohl, was die Frage innereuropäischer Diversität räumlicher Kontextbedingungen angeht (siehe auch Beitrag Szumelda in diesem Buch), als auch hinsichtlich globaler Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen (siehe Beitrag Bruns)?

Ich bin mir des Risikos der wahrscheinlich kurzen Verfallszeit dieser Bewertung sehr bewusst, halte es dennoch für sinnvoll, in unserem Anthologie einen Bezug zum aktuellen Politikgeschehen auf EU-Ebene herzustellen.

Abb. 1: Elemente des Grünen Deals der EU. Quelle: Europäische Kommission 2019: 4



Zum Wachstumsverständnis des Grünen Deals

Der Grüne Deal wird vorgestellt als eine neue »Wachstumsstrategie, mit der die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden soll, in der im Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt wer-

den und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist« (Europäische Kommission 2019: 2). Bereits in dieser Präambel klingt ein fortgesetzter Glaube in die effizienzbasierte Lösbarkeit des Ressourcenproblems an. Im Folgenden dominieren Begriffe wie »Effizienz«, »smart« und »Wettbewerbsfähigkeit« sowie eine ausgewiesene Technologieorientierung – z. B. »ihren Wettbewerbsvorteil bei sauberen Technologien wahren« (ebd.: 22) oder »das Potenzial des digitalen Wandels ausschöpfen, der ein wesentlicher Faktor für die Verwirklichung der Ziele des Grünen Deals ist« (ebd.: 7). Der Wachstumsbegriff selbst wird nicht problematisiert und durchweg mit einer positiven Konnotation verwendet (siehe Tab. 1). Das Konzept der »Suffizienz«, Aspekte des »Weniger« und Ähnliches tauchen nicht auf.

Tab. 1: Ausgewählte Schlüsselbegriffe des Grünen Deals und Häufigkeit deren Nennung

40	Investition/Investor ¹
15	Effizienz/effizient
14	Technologie/technologisch
10	Wachstum ²
8	Wettbewerb/Wettbewerbsfähigkeit/wettbewerbsfähig
2	Wohlergehen/Wohlfahrt
0	Suffizienz/suffizient

Textgrundlage: Europäische Kommission 2019

¹ ohne Eigennamen wie European Investment Bank oder EU-Invest

² durchgängig positiv besetzt

Eine ernsthaftere Hinterfragung marktwirtschaftlicher Mechanismen und resultierender Konsummuster wird lediglich im Bereich des angekündigten Aktionsplans zur Zirkulären Wertschöpfung/*Circular Economy* erkennbar, der Maßnahmen enthalten soll,

»mit denen Unternehmen ermutigt werden sollen, wiederverwendbare, langlebige und reparierbare Produkte anzubieten, und die es den Verbrauchern ermöglichen sollen, sich für solche Produkte zu entscheiden. Im Rahmen des Aktionsplans wird untersucht, ob das Recht, Reparaturen durchzuführen, garantiert werden muss, und die geplante Obsoleszenz von Geräten, vor allem

Elektronikgeräten, angegangen [werden muss]. Die Verbraucherpolitik wird dazu beitragen, die Verbraucher in die Lage zu versetzen, bewusste Entscheidungen zu treffen und aktiv am ökologischen Wandel mitzuwirken. Neue Geschäftsmodelle, die auf der Anmietung und gemeinsamen Nutzung von Waren und Dienstleistungen basieren, werden ebenfalls eine Rolle spielen, solange sie wirklich nachhaltig und erschwinglich sind.« (ebd.: 9)

Demgegenüber liegt in anderen Themenbereichen der Schwerpunkt auf dem Vertrauen in großmaßstäbliche Technologielösungen und die Substitution z. B. fossiler Brennstoffe: »Die Industrie in der EU braucht Vorreiter in den Bereichen Klima und Ressourcen, die bis 2030 die ersten kommerziellen Anwendungen bahnbrechender Technologien in Schlüsselbranchen entwickeln. Die Schwerpunktbereiche umfassen sauberen Wasserstoff, Brennstoffzellen und andere alternative Kraftstoffe, Energiespeicherung sowie CO₂-Abscheidung, -Speicherung und -Nutzung. So wird die Kommission beispielsweise bahnbrechende saubere Stahltechnologien fördern, die bis 2030 zu einer CO₂-freien Stahlerzeugung führen sollen« (ebd.: 10). Im Bereich der erneuerbaren Energien wird mit dem Ausbau der Offshore-Windparks ein sehr spezieller und zentralisierender Ansatz als besonders relevant herausgestellt.

Für den Verkehrssektor werden Empfehlungen ausgesprochen, die vermeidbare Mobilitätsursachen (z. B. im Gütertransport, Siedlungsstrukturen) nicht problematisieren, sondern ausschließlich auf Veränderungen in der Verkehrsmittelwahl (Modal Split) und vor allem auf alternative Antriebssysteme und Kraftstoffe abstellen. Auch die geplanten Investitionen im Bau-sektor, vornehmlich in die energetische Sanierung von Bestandsimmobilien, setzt neben Wärmedämmung vor allem auf technologiebasierte (»smarte«) Ansätze. Über neue Wohnformen, Flächenansprüche, Leerstands-bekämpfung, Steuerung von Neubauaktivitäten etc. wird hingegen kaum gesprochen (siehe auch Fuhrhop 2019).

Auffallend vage bleibt der Grüne Deal in seinen Aussagen zum Bereich der Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion. Zwar mahnt die geplante »Farm to Fork«-Strategie (»Vom Hof auf den Tisch«) höhere Produktstandards und den verringerten Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden an. Strukturinhärente Probleme der industrialisierten Landwirtschaft im Allgemeinen und der Massentierhaltung im Besonderen werden jedoch nicht angesprochen.

Welche Kriterien an nachhaltige Investitionen (Europäische Kommission 2019: 20) angelegt werden, bleibt in der zurzeit in Arbeit befindlichen EU-Taxonomie (siehe Beitrag Dörry/Schulz) noch zu klären. Die angekündigten steuerpolitischen Reformen stellen eine Verlagerung der »Steuerlast von Arbeit auf Umweltverschmutzung« (Europäische Kommission 2019: 21) in Aussicht. Damit ist vor allem die CO₂-Besteuerung gemeint, weniger eine grundsätzliche Besteuerung von Ressourcen und Material – wie sie die Postwachstumsbewegung und auch die Ökologische Ökonomie seit Langem einfordern.

Räumliche Dimensionen des Grünen Deals

Eine nähere Auseinandersetzung mit räumlichen Strukturen, der Rolle räumlicher Planung und mit regionalen/lokalen Kontextbedingungen für sozialökologische Transitionsprozesse findet nicht statt. Eine räumliche Differenzierung erfolgt lediglich im Hinblick auf struktur- und sozialpolitische Begleitmaßnahmen zur Abfederung neuer regionaler Ungleichheiten. »Gleichzeitig muss dieser Übergang gerecht und inklusiv sein. Dabei müssen die Menschen an erster Stelle stehen, und den Regionen, der Industrie und den Arbeitnehmern, die vor den größten Herausforderungen stehen werden, muss Aufmerksamkeit geschenkt werden.« (ebd.: 2); »Der Mechanismus für einen gerechten Übergang wird den Schwerpunkt auf die Regionen und Sektoren legen, die den Übergang am stärksten spüren werden, weil sie von fossilen Brennstoffen oder CO₂-intensiven Prozessen abhängig sind.« (ebd.: 20)

Auf globaler Ebene werden für die Sektorpolitiken folgende räumliche Wirkungszusammenhänge artikuliert:

- a) hinsichtlich der Grenzenlosigkeit von Umweltproblemen und deren Ursachen (z. B. »Die Ursachen des Klimawandels und des Biodiversitätsverlusts sind globaler Natur und machen nicht an Landesgrenzen Halt.« [ebd.: 2]);
- b) in Bezug auf mögliche Verlagerungs- oder Abwanderungsprozesse (»pollution havens«) bzw. die Substitution europäischer Produkte durch Importartikel aus Ländern mit geringeren Umweltstandards (z. B. »das Risiko der Verlagerung von CO₂-Emissionen, entweder weil die Produktion von der EU in andere Länder mit weniger strengen Emissionsre-

- duktionszielen verlagert wird, oder weil EU-Produkte durch eingeführte CO₂-intensivere Produkte ersetzt werden« [ebd.: 6]);
- c) in der Aussicht auf reizvolle internationale Absatzmärkte für »grüne« Technologien und Produkte (z. B. »Auf den Weltmärkten besteht erhebliches Potenzial für emissionsarme Technologien und nachhaltige Produkte und Dienstleistungen« [ebd.: 7]).

Teil 3 des Grünen Deals (Europäische Kommission 2019: 20–22) widmet sich der globalen Rolle der EU, und dies vornehmlich in Bezug auf das Setzen von (Produkt-)Standards mit Vorreiterfunktion, auf das Modernisieren globaler Produktionsketten (Umwelt- und Sozialstandards) sowie auf den Aufbau von Handelsbarrieren für Produkte, welche die EU-Standards nicht erfüllen. Ferner wird der globale Handel mit Emissionszertifikaten oder Kompensationsmaßnahmen (»Carbon Offsetting«) sowie das direkte Investieren in erneuerbare Energien, nachhaltige Alltagspraktiken (»clean cooking«) und städtische Infrastrukturen in Ländern des Globalen Südens (v. a. in afrikanischen Ländern) favorisiert. Offenkundig wird hier eine Industrieländer-spezifische, teils utilitaristische Perspektive, die wenig ernsthafte Reflexion globaler Wirkungszusammenhänge und neokolonialer Attitüden erkennen lässt (siehe ausführlicher im Beitrag Bruns).

Fazit

Gegenüber seinen Vorläuferstrategien zeigt sich der europäische Grüne Deal zum einen weitaus ambitionierter hinsichtlich klimapolitischen Ziele, zum anderen entschlossener, sektorenübergreifende Reformen vorantreiben zu wollen. Die eher unkritische Verwendung des Wachstumsbegriffs, gepaart mit einer starken Betonung wettbewerbsorientierter Technologieentwicklung, Marktführerschaft und Exportopportunitäten lässt jedoch starke Parallelen zu anderen primär effizienzbasierten Ansätzen der Green Economy (UNEP 2011) erkennen. Anders jedoch als z. B. in den Nachhaltigen Entwicklungszielen der UN (v. a. SDG 8, siehe Einführung zu diesem Buch), taucht das Bruttoinlandsprodukt in dem Vorschlag weder als Messgröße für künftige Entwicklungen auf, noch werden konkrete Wachstumsziele quantifiziert. Ob dies bereits auf eine Abkehr vom BIP hindeutet und eine Neuorientierung von Entwicklungszielen ankündigt, muss jedoch bezweifelt werden.

Da es sich bei dem hier behandelten Papier zunächst nur um eine Mitteilung, also eine Art Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und an den Rat der EU handelt, wird der Grüne Deal in der nahen Zukunft Gegenstand weiterer Debatten werden. Diese fallen nicht nur zeitlich mit den strittigen Verhandlungen um den ersten Post-Brexit-Haushalt zusammen, sondern die Haushaltsberatungen werden sich an den inhaltlichen Zielen des Green Deals und dessen Finanzierungsbedarf abarbeiten. Erste Reaktionen aus den Mitgliedsstaaten (etwa Frankreich zum Themenfeld »Landwirtschaft«) lassen erahnen, dass die ohnehin moderaten Ambitionen des Papiers weiter verwässert werden. Statt das Momentum aktueller klimapolitischer und wachstumskritischer Debatten in weiten Teilen der Gesellschaft und der Wirtschaft für einen größeren »Wurf« zu nutzen, wird der schließlich verabschiedete Grüne Deal – so er überhaupt den weiteren Verhandlungsprozess überlebt – aller Voraussicht nach weit hinter seinen ursprünglichen Ambitionen zurückbleiben. Und damit wird er noch viel weiter entfernt sein von einem postwachstumsorientierten Richtungswechsel als das hier behandelte Dokument.

Literatur

- EEB – European Environmental Bureau (2019): Decoupling Debunked – Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability. Brussels.
- Europäische Kommission (2019): Der europäische Grüne Deal. COM (2019) 640 final 11.12.2019.
- European Commission (2009): GDP and beyond. Measuring progress in a changing world. Brussels. = COM (2009) 433 final, 20.08.2009.
- European Commission (2010): Europe 2020. A strategy for smart, sustainable and inclusive growth. Brussels.
- Fuhrhop, D. (2019): Klimafreundliches Bauen und bezahlbares Wohnen. »So ein New Deal ist nicht green« (Interview geführt von Anke Oxenfarth). In: politische ökologie 159, 59–62.
- UNEP – United Nations Environment Programme (2011): Towards a green economy: Pathways to sustainable development and poverty eradication. – A Synthesis for Policy Makers, www.unep.org/greeneconomy.

